



GRÜNE Fraktion
im Lohmarer Stadtrat

Rathausstraße 4
53797 Lohmar
fraktion@gruene-lohmar.de
www.gruene-lohmar.de

Fraktionsvorsitzender
Karl-Josef Göllner

1.stellv. Fraktionsvorsitzende
Claudia Wieja

Brunhilde Albrecht
Reiner Albrecht
Brigitte Bäcker-Gerdes
Horst Becker
Ingeborg Göllner
Gabriele Krichbaum
Werner Küffner
Ernst Langenberger
Irmhild Schaffrin
Wolfgang Steden

Lohmar, 25. September 2019

GRÜNE im Lohmarer Rat • Rathaus • 53797 Lohmar

Herrn Bürgermeister

Horst Krybus

Rathausstraße 4

53797 Lohmar

Sehr geehrter Herr Krybus,

bitte setzen Sie folgenden Punkt auf die Tagesordnung des Ausschusses für Umwelt- und Klimaschutz:

Kein Einsatz von Pestiziden, Herbiziden und Totalherbiziden wie Glyphosat im Stadtgebiet und Umsetzung auch bei Vergaben und Arbeiten des Landesbetrieb Straßenbau sicherstellen!

Hierzu stellen wir folgenden Antrag:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz beschließt:

Die Stadt Lohmar

- a) setzt (weiterhin) keine Pestizide, Herbizide oder Totalherbizide wie Glyphosat ein;***
 - b) macht für Ausschreibungen und Vergaben die verbindliche Vorgabe, bei Arbeiten im Stadtgebiet auf Pestizide, Herbizide oder Totalherbizide wie Glyphosat zu verzichten;***
 - c) macht gegenüber dem Kleingartenverein durch eine Änderung des Pachtvertrages die verbindliche Vorgabe, auf Pestizide, Herbizide oder Totalherbizide wie Glyphosat auf dem Gelände des Kleingartenvereines zu verzichten;***
-

- d) wirkt gegenüber dem Landesbetrieb Straßenbau darauf hin, dass dieser im Wege von Gehölz- und Pflegemaßnahmen an Bundes- und Landesstraßen im Stadtgebiet auf Pestizide, Herbizide oder Totalherbizide wie Glyphosat verzichtet.**
- e) schreibt die Bundesregierung sowie die örtlichen Bundestagsabgeordneten an und fordert sie auf, ein generelles Verbot des Unkrautvernichters Glyphosat zu beschließen.**

Begründung:

Der erhebliche Rückgang von Insekten und Wildbienen, aber auch der weiter fortschreitende Artenrückgang zwingen zu einem konsequenten Vorgehen, um diese Tendenzen aufzuhalten. Neben dem eigenen Verhalten als Stadt gehören auch die beschriebenen Maßnahmen dazu, um im Stadtgebiet konsequent den Einsatz von Pestiziden, Herbiziden oder Totalherbiziden wie Glyphosat zu vermeiden.

Österreich hat als erstes Land in der Europäischen Union im Sommer diesen Jahres ein Verbot des umstrittenen Unkrautvernichters Glyphosat beschlossen. Die Entscheidung ist zwar rechtlich umstritten, da die EU-Pflanzenschutzverordnung Glyphosat noch bis Ende 2022 erlaubt. Die Europäische Kommission hat aber die Möglichkeit nationaler Verbote zugesichert und hat bislang keinen Einspruch erhoben. Die Einspruchsfrist beträgt drei Monate.

Mit freundlichen Grüßen

Brigitte Bäcker-Gerdes
Gitti Bäcker-Gerdes

Obermairbach
Cäcilia Obermairbach

Ingeborg Göllner
Ingeborg Göllner

